



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am
16.03.2022**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale)**

Zeit: **17:00 Uhr bis 18:15 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Stadtratsvorsitzende
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 17.58 Uhr
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 17.15 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 18.15 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18.15 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier

Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
René Rebenstorf
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Tobias Teschner
Christin Blaßfeld

Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Referent für Grundsatzangelegenheiten
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Fachbereich Sicherheit
Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Elisabeth Nagel
Christoph Bernstiel
Steve Mämecke
Mario Schaaf
Jan Döring
Beate Thomann
Johannes Ernst
Andreas Heinrich
Alexander Raue
Dörte Jacobi
Dr. Regina Schöps
Dr. Sven Thomas
Eric Eigendorf
Olaf Schöder
Gernot Nette

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stadtrat

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde der Sondersitzung des Stadtrates.

zu Fragesteller 1 zur Flüchtlingssituation

Fragesteller 1 bezog sich auf die derzeitige Flüchtlingssituation und fragte, wie die Stadtverwaltung die Anmeldesituation der Geflüchteten verbessern möchte und die langen Wartezeiten zu verkürzen.

Herr Paulsen sagte, dass mit der Einrichtung des Aufnahmezentrums eine zentrale Anlaufstelle für alle notwendigen Leistungen für die Schutzsuchenden geschaffen wurde. Dort erfolgen die Anmeldung und Registrierung bei der Ausländerbehörde sowie die Antragstellung beim Sozialamt. Um die Kapazitäten des Aufnahmezentrums nicht beeinträchtigen, wurde kein System zur Terminvergabe eingeführt. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit wurde fortlaufend nachgesteuert hinsichtlich der Anzahl der Arbeitsplätze vor Ort sowie der Optimierung der Abläufe. Zudem wird eine weitere digitale Erfassungsstation eingesetzt.

Er wies darauf hin, dass sich die Wartezeiten nach den ersten Tagen nunmehr verkürzt haben und ein der Situation angemessener Ablauf erfolgt.

zu Fragesteller 2 zur Flüchtlingssituation

Fragesteller 2 bezog sich auf die derzeitige Flüchtlingssituation und fragte, wie die Stadtverwaltung Bürger*innen unterstützen möchte, die derzeit Geflüchtete in privaten Haushalten aufnehmen, und ob es einen zentralen Standort für Möbelspenden gibt und wie diese zugänglich gemacht werden.

Herr Paulsen sagte, dass die Stadtverwaltung Prozesse der Wohnungssuche und der Unterstützungsmöglichkeiten für Engagierte begleitet. Angesichts der bisher wenigen verfügbaren Kapazitäten wird es zunächst nicht möglich sein, von der Stadt angemietete Wohnungen frei zur Verfügung zu stellen. Ein gänzlicher Verzicht auf die Angebote privater Aufnehmender ist noch nicht absehbar.

Fragesteller 2 wies auf die sich weiter zuspitzende Situation zwischen Russland und der Ukraine hin, wodurch die privaten Aufnehmenden an Wichtigkeit bei der Unterstützung der Geflüchteten zunimmt. Er fragte, ob die Stadtverwaltung an dieser Stelle finanzielle Unterstützung anbietet.

Herr Paulsen sagte, dass die Geflüchteten die Möglichkeit haben, Hilfen zum Lebensunterhalt zu erhalten, um sich selber zu versorgen und ggf. selber Wohnraum anzumieten. Grundsätzlich müssen daher Aufnehmende nicht den Lebensunterhalt der Geflüchteten finanzieren. Weiterhin bezog er sich auf die angefragten Möbelspenden und sagte, dass in Kooperation mit den Stadtwerken ein System erarbeitet wird, zu dem Ende dieser Woche eine konkrete Aussage getroffen werden kann.

Fragesteller 2 wies darauf hin, dass im Aufnahmezentrum täglich 150 Personen erfasst werden und dies bei derzeit 1.500 Geflüchteten einer Bearbeitungsdauer von zehn Tagen entspricht.

Herr Paulsen sagte, dass die erwähnten 1.500 Personen bereits erfasst und registriert wurden und diese einen Antrag auf Sozialleistungen stellen konnten. Er wies überdies auf das heute eingeführte bundesweite Verteilungssystem hin, damit eine gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten auf die Bundesländer zu gewährleisten. Die Stadtverwaltung arbeitet weiterhin an der Schaffung von Wohnraum für die Geflüchteten.

zu Fragesteller 3 zur Flüchtlingssituation

Fragesteller 3 bezog sich auf die derzeitige Flüchtlingssituation und fragte, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um eine Gleichstellung von Geflüchteten aus weltweiten Kriegsgebieten mit den ukrainischen Geflüchteten zu gewährleisten, besonders bei der Unterbringung und Schaffung von dauerhaftem Wohnraum.

Herr Paulsen sagte, dass keine Unterscheidung der Herkunft der Geflüchteten erfolgt und es seit 2015 ein funktionierendes Unterbringungssystem in eigenem Wohnraum gibt. Zudem gibt es im Dienstleistungszentrum Integration und Demokratie ein Umzugs- und Betreuungsmanagement, mit dem Geflüchtete zeitnah in eigenem Wohnraum untergebracht werden. Dieses System wird auch bei den ukrainischen Geflüchteten angewendet.

Es gab keine weiteren Einwohnerfragen. **Frau Müller** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 40 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (70,18%) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller wies auf eine Dringlichkeit im öffentlichen Teil hin:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/03828

Es gab keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit, sodass **Frau Müller** um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 5.1

Frau Müller wies auf eine Änderung im nicht öffentlichen Teil hin:

TOP 13.1
Beauftragung des Betriebs einer Notunterkunft
Vorlage: VII/2022/03826
→ **Beschlussvorschlag wurde bzgl. der zu vergebenden Summe geändert**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Müller** bat um Abstimmung dieser.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Bericht des Oberbürgermeisters
4. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/03828
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Anträge auf Akteneinsicht
11. Bericht des Oberbürgermeisters
12. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
13. Beschlussvorlagen
- 13.1. Beauftragung des Betriebs einer Notunterkunft
Vorlage: VII/2022/03826
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

zu 3 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über den aktuellen Sachstand zur Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine in der Stadt Halle (Saale).

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 4 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Heym schilderte einen aktuellen Fall aus einer anderen Kommune, in dem eine Frau zu ihrer in Deutschland lebenden Tochter geflüchtet ist und bei dieser wohnt. Die Kommune zahlt in diesem Fall einen Mietzuschuss. Er fragte, ob dies in Halle auch geplant ist, um private Aufnehmende längerfristig zu unterstützen und somit die Notunterkünfte nicht zu überlasten.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies immer im Einzelfall betrachtet werden muss, jedoch alle Möglichkeiten seitens der Stadtverwaltung geprüft werden, um eine Unterstützung erzielen zu können.

Herr Heym fragte, ob das bei der Erstanmeldung entsprechend angegeben werden muss.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass sich dies aus dem Anmeldevorgang ergibt, da an dieser Stelle alle notwendigen Informationen zum weiteren Vorgehen vermittelt werden.

Herr Dr. Bergner wies darauf hin, dass bisher ausschließlich Turnhallen als Örtlichkeiten für die Notunterkünfte im Gespräch sind und in diesem Zusammenhang Probleme für Sportvereine entstehen. Vor dem Hintergrund humanitärer Gründe soll die Unterbringung der Menschen in Notunterkünften so kurz wie möglich sein. Er bat daher um die Suche weiterer alternativer Standorte zur Unterbringung der Geflüchteten, abgesehen von Wohnungen, und fragte, ob es diesbezüglich Verhandlungen z. B. mit Hotelbetreibern gibt.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass nicht nur die Turnhallen im Fokus stehen, sondern auch andere große Einrichtungen im Stadtgebiet angefragt wurden, jedoch noch keine Ergebnisse bezüglich der Preisverhandlungen vorliegen. Die bisher zugewiesenen Flüchtlinge müssen aber dennoch untergebracht werden, auch wenn es zunächst in Turnhallen erfolgt.

Herr Paulsen bestätigte, dass die Stadtverwaltung mit verschiedenen Einrichtungen im Gespräch ist und auch im Hinblick auf die Langfristige Bindung und die Kostenauswirkungen eine Abstimmung mit dem Land erfolgt. Es steht eine Einrichtung mit über 100 Plätzen in Aussicht, die kurzfristig als Erstunterkunft gebunden werden kann.

Frau Dr. Burkert fragte, welche Alternativunterkünfte möglich sind, um die Personenzahlen mit Hinblick auf die steigenden Inzidenzzahlen in den Unterkünften niedrig zu halten. Sie regte zudem an, über Internetportale, wie booking oder Airbnb, Unterkünfte zu suchen. Darüber hinaus fragte sie, ob die Stadt Integrationspatenschaften ins Leben rufen wird, um die Geflüchteten bei Behördengängen und der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.

Herr Paulsen sagte, dass die Stadtverwaltung der Übermittlung von Wohnungsangeboten positiv gegenübersteht und bereits viele Angebote eingegangen sind, die derzeit geprüft

werden. Die Vielzahl der Geflüchteten lässt jedoch den Verzicht auf große Notunterkünfte derzeit nicht zu. Hinsichtlich der Integrationspatenschaften merkte er an, dass die Stadtverwaltung wahrscheinlich nicht die richtige Anlaufstelle ist und sagte, dass das freiwillige Engagement, begleitet durch die Stadtverwaltung, sehr gut alleine läuft. Die Schaffung einer Plattform für Wohnungspatenschaften, zur Ausstattung und Zurverfügungstellung von Wohnungen für Geflüchtete, wird demnächst durch die Stadtverwaltung avisiert.

Herr Streckenbach fragte, ob bei der Registrierung der Geflüchteten ebenfalls eine Erfassung der beruflichen Qualifikation erfolgt und ein Verfahren zwischen der Stadtverwaltung, der Agentur für Arbeit sowie der Wirtschaftskammern eingeführt wird, um Tätigkeiten vermitteln zu können. Weiterhin fragte er, wie die Verteilung der Kinder auf KiTas und Schulen erfolgt.

Frau Brederlow sagte, dass die Berufe nicht im Zuge der Registrierung erfasst werden. Demnächst soll es Informationen sowie eine direkte Ansprechpartnerin der Agentur für Arbeit für Geflüchtete geben, um bei der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Sie sagte außerdem, dass mit dem Landesschulamt sowie dem Bildungsministerium Gespräche geführt werden, dass dort ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, um das angestrebte Verfahren zu begleiten. Zunächst werden die Schüler*innen in Ankunftsclassen erfasst, um den Bildungsstand und Sprachkenntnisse zu erfassen und in Abstimmung mit der Stadtverwaltung eine Verteilung in die entsprechenden Einrichtungen vorzunehmen. Die Stadt organisiert hierfür derzeit Schuleingangsuntersuchungen. Im Bereich der KiTas wurden die Freien Träger gebeten, freie Kapazitäten zu benennen, um auch hier Kinder entsprechend unterzubringen. Weiterhin wies sie auf eine niedrige zweistellige Zahl unbegleiteter Minderjähriger hin, die teilweise bei Bekannten in der Stadt wohnen und vom Jugendamt betreut werden.

Herr Paulsen sagte, dass bezüglich der Arbeitsmarktunterbringung auch Gespräche mit den Stadtwerken laufen und auch ukrainische Unternehmer aus dem Stadtgebiet auf die Stadtverwaltung zugekommen sind, die hier unterstützen möchten.

Frau Winkler bat um Mitteilung zu aktuellen Entwicklungen bezogen auf die Corona-Pandemie. Sie fragte diesbezüglich, wie mit dem Impfstatus der Geflüchteten verfahren wird.

Frau Brederlow sagte, dass die Menschen in der Ukraine mit einem chinesischen Impfstoff geimpft wurden, der in der EU nicht zugelassen ist. Im Impfzentrum können fehlende Corona-Impfungen erfolgen. Jedoch werden voraussichtlich weitere Schutzimpfungen notwendig.

Herr Menke fragte, ob es seitens der Landes- oder Bundesregierung eine Prognose gibt, wie sich die Zahl der Geflüchteten kurz- und mittelfristig entwickeln wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es regelmäßige Videokonferenzen diesbezüglich mit dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt gibt, in denen eine aktuelle Lageeinschätzung erfolgt.

Frau Mark fragte, ob die ukrainischen Schüler*innen im Bildungsbereich mit digitalen Endgeräten versorgt werden, da in der Ukraine fast flächendeckend Home Schooling angeboten wird.

Frau Brederlow sagte, dass dazu Abstimmungen mit dem Bildungsministerium und dem Landesschulamt erfolgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen** Vorlage: VII/2022/03828

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Frau Müller** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachstehenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von der Saalesparkasse Halle (Saale), Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 50.000,00 EUR für die Ausstattung und Bedarf der in Halle (Saale) befindlichen ukrainischen Flüchtlinge.
(PSP-Element 1.31302 Dienstleistungszentrum Integration und Demokratie)

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Information zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Halle bzgl. der Steinschüttungen zur Uferbefestigung an der Saale**

Herr Bürgermeister Geier informierte zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Halle bezüglich der Steinschüttungen zur Uferbefestigung an der Saale und die dazu am heutigen Tag erfolgte Information der Stadträt*innen auf elektronischem Weg.

Das Verwaltungsgericht hat die Steinschüttungen teilweise für rechtswidrig erklärt. Dies betrifft die Steinschüttungen in den FFH- und Vogelschutzgebieten. Es wurde festgestellt, dass in diesen Bereichen eine Verträglichkeitsprüfung unter Einbeziehung der Naturschutzverbände hätte erfolgen müssen. Die Eilanträge wurden jedoch dahingehend abgelehnt, dass außerhalb dieser FFH- und Vogelschutzgebiete ebenfalls ein entsprechender Rückbau zu erfolgen hat. Hier sind ein Planfeststellungsverfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht notwendig, da der Eingriff als Gewässerunterhaltungsmaßnahme eingestuft wird.

Die Verwaltung wird die Gerichtsurteile entsprechend auswerten. Es besteht aus Sicht der Stadtverwaltung für das weitere Verfahren aufgrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ein großes Maß an Flexibilität. Nach Auswertung der Gerichtsbeschlüsse erfolgt eine Information an die Stadträt*innen. Ebenso wird Kontakt mit der bauausführenden Firma hergestellt, um die Belange zu besprechen.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Herr Bönisch zur Terminvergabe im Bürgerservice**

Herr Bönisch kritisierte die langen Wartezeiten bei der Terminvergabe im Bürgerservice und fragte, wie lange die elektronische Terminvergabe beibehalten werden soll und ob es Alternativen für dringende Anliegen gibt.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass kurzfristige Anliegen im Einzelfall mit der Ausstellung von Übergangsdokumenten erfüllt werden können. Das Terminsystem hat sich aus Sicht der Stadtverwaltung bewährt, besonders aus organisatorischer Sicht, und wird daher fortgesetzt.

Herr Bönisch kritisierte die fehlende Bürgerfreundlichkeit dieses Vorgehens.

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass seit der Terminvergabe die Abläufe im Bürgerservice strukturierter und organisierter sind und davon auch die Einwohnerinnen und Einwohner profitieren.

zu 8.2 **Frau Dr. Burkert zur Nutzung von Sanitäranlagen im Ratshof**

Frau Dr. Burkert fragte, ob derzeit alle Sanitäranlagen im Ratshof für Bürger*innen unzugänglich sind und wann diese wieder genutzt werden können.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung und Information darüber zu.

zu 8.3 **Herr Schnabel zur Personalsituation im Team Sondernutzung**

Herr Schnabel fragte, ob im Team Sondernutzung derzeit ein Personalmangel besteht, da an ihn herangetragen wurde, dass eine zeitnahe Bearbeitung der Sondernutzungserlaubnisse im Bereich Gastronomie nicht möglich ist, weil nur eine Bearbeiterin zugegen ist. Er fragte außerdem, ob ggf. eine Verstärkung des Teams vorgesehen ist.

Herr Teschner sagte, dass ihm die Problematik nicht bekannt ist, derzeit alle Stellen besetzt sind und nicht nur eine Bearbeiterin zuständig ist. Er sagte eine Prüfung und Information zu.

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund der Pandemie und der aktuellen Flüchtlingssituation temporär in bestimmten Bereichen mit Personalmangel konfrontiert wird und es daher vereinzelt zu Bearbeitungsverzögerungen kommen kann.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

Frau Müller beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Christin Blaßfeld
stellvertretende Protokollführerin